

Beschluss:

Der Rat der Stadt Koblenz appelliert einstimmig ohne Stimmenthaltungen an

- die EU-Kommission
- das EU-Parlament
- die Bundesregierung
- die Landesregierung in Rheinland-Pfalz

sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) sowie beim bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

Das gemeinsame Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen der kommunalen Spitzenverbände ist als Anlage beigefügt.